

"Die WEU hat ihre Grenzen und Chancen" in Frankfurter Allgemeine Zeitung (12. Juni 1984)

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung. Zeitung für Deutschland. 12.06.1984, Nr. 133. Frankfurt/Main: FAZ Verlag GmbH. "Die WEU hat ihre Grenzen und Chancen", p. 5.

Urheberrecht: (c) Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

All rights reserved. Provided by Frankfurter Allgemeine archiv.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/die_weu_hat_ihre_grenzen_und_chancen_in_frankfurter_allgemeine_zeitung_12_juni_1984-de-52f5b378-9f4e-4a4b-b6b1-2e0a491e073f.html

Publication date: 22/06/2015

Die WEU hat ihre Grenzen und Chancen

17. BONN, 11. Juni. Die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit der Europäer in der Sicherheitspolitik, die über das Maß hinausgeht, das schon in der Nato erreicht ist, sind begrenzt. Diese Ansicht vertritt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag, Rühle. Eine engere Kooperation könne weder innerhalb des nordatlantischen Bündnisses erreicht werden, weil Frankreich seiner militärischen Organisation nicht angehört, noch in der Europäischen Gemeinschaft. Auch seien die operativ-taktischen Fragen von allen zusätzlichen europäischen Kooperationsbemühungen ausgeschlossen. Alles, was man versuchen könne, sei eine Reaktivierung der Westeuropäischen Union (WEU) der Frankreich, England, Italien, die Benelux-Länder sowie die Bundesrepublik angehören. Wie der in der Fraktionsführung für die Außen- und Sicherheitspolitik zuständige Politiker gegenüber dieser Zeitung sagte, leide der europäische Teil der Nato seit 1966 daran, daß Frankreich aus der militärischen Integration des Bündnisses ausgeschieden sei, und daß an Frankreichs Rückkehr dorthin nicht zu denken sei, was Präsident Mitterrand in seiner Rede in Den Haag Anfang dieses Jahres noch einmal bekräftigt habe. Die deutsch-französische Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik sei wichtig, „doch für das Ziel einer einigen, auch Frankreich einschließenden europäischen Stimme in der Sicherheitspolitik reicht diese Zusammenarbeit nicht aus“, sagte Rühle.

Wenn man die Wiederbelebung der WEU erwäge, dann solle man sich im Klaren darüber sein, „was erwartet werden kann und was nicht“, sagte Rühle. Die Grenzen des Möglichen macht insbesondere der Artikel 4 des WEU-Vertrages deutlich. Dort sei festgelegt, daß die WEU eng mit der Nato zusammenarbeite, daß eine Parallelorganisation der WEU zu den militärischen Nato-Stäben unerwünscht sei. Operativ-taktische Fragen blieben damit der Nato vorbehalten und gehörten zur Zuständigkeit der Nato-Oberbefehlshaber. Auch fehlten, so stellte Rühle fest, alle Voraussetzungen für den Aufbau einer wie auch immer gearteten sogenannten „europäischen Atomstreit-

macht“. Ihr Aufbau entspräche weder den gemeinsamen Sicherheitsinteressen, noch seien Änderungen der britischen und französischen Nuklearpolitik, die dafür die Voraussetzung wären, „auch nur im Ansatz“ zu erkennen. Was sich allerdings für eine Zusammenarbeit in der Westeuropäischen Union eröffne, sei „der gesamte Bereich einer politisch konzeptionellen europäischen Sicherheitspolitik, für die die einzelnen Teilbereiche abgestimmt und Leitlinien erarbeitet werden könnten“, meint Rühle.

Die Ergebnisse von WEU-Beratungen könnten in die Nato eingebracht werden. Auch könne an die Bearbeitung von Fragen der europäischen Ost-West-Politik durch die WEU gedacht werden, ebenso wie an die Beschäftigung mit den Fragen der Rüstungszusammenarbeit der europäischen Nato-Staaten.

Rühle hält es jedoch für notwendig, sorgsam darauf zu achten, daß Mißverständnisse vermieden und nicht der Eindruck erweckt werde, als gehe es um den Aufbau eines Gegenstücks zur Nato oder gar um den Versuch, auf Distanz zu den Vereinigten Staaten zu gehen. Vielmehr müsse die Zusammenarbeit mit Amerika und dem nordatlantischen Bündnis gestärkt werden. Dann könne mit amerikanischer Zustimmung für ein derartiges Vorhaben gerechnet werden, da eine Stärkung Europas aus amerikanischer Sicht zugleich eine Verringerung der Streitigkeiten und Schwierigkeiten Fragen mit den europäischen Partnern bedeute. Die in Amerika immer lauter werdende Klage, die Europäer leisteten für die gemeinsame Verteidigung nicht genügend, werde erst verstummen, wenn die Europäer die Streitfragen an der Südostflanke des Bündnisses lösten und den Streit um die Stationierungsabschlüsse überwinden könnten.

„Es dürfen keine Irritationen im Verhältnis zu unseren europäischen Partnern, in der Nato oder in der EG, entstehen. Und es muß darauf geachtet werden, daß es nicht zu einer Spaltung unter den europäischen Staaten kommt, denn damit wäre keinem gedient“, fügte Rühle hinzu. Deshalb müsse die Zusammenarbeit innerhalb der WEU auch anderen westeuropäischen Partnern offenstehen. Sobald die Reaktivierung der WEU beschlossen und die politischen Ziele und Leitlinien geklärt seien, müsse allen interessierten EG- und Nato-Partnern die Mitarbeit „unverzüglich“ freigestellt werden.